

Mitglied der Wohnungsbaugenossenschaft „Amtsfeld“ eG
Eberhard Aurich
Müggelschloßchenweg 16

Aufsichtsrat der Wohnungsbaugenossenschaft „Amtsfeld“ eG.
Dr. Michael Greulich, Vorsitzender

Sehr geehrter Dr. Michael Greulich,

mit Entsetzen habe ich einen hochdramatischen Aufruf einer mir bisher unbekanntem Interessengemeinschaft „Allende-Viertel retten“ i.G. zur Kenntnis genommen. Ich werde aufgefordert, mit eigener Unterschrift gegen den von der Wohnungsbaugenossenschaft geplanten Neubau von Wohnungen in unserem Kiez zu protestieren und die weitere Planung des Bauvorhabens zu stoppen.

In den zurückliegenden Jahren hatte ich vom Tun unserer Genossenschaft stets einen guten Eindruck: Unsere Mieten sind auf einem bezahlbaren Niveau, die Wohnungen wurden nach den AWG-Zeiten zweckmäßig saniert, teilweise altersgerecht umgebaut, neue Loggien angebracht, die Innenhöfe neu gestaltet, Fahrstühle gebaut, nach und nach auch Barrierefreiheit geschaffen. Kleine Reparaturen erfolgen rasch und unproblematisch, persönliche Anliegen von uns Mietern werden wohlwollend geprüft und realisiert. In Beiräten werden die Meinungen und Vorschläge der Mieter erörtert. Unsere Genossenschaft unterstützte vor Jahren solidarisch die Aufnahme von Flüchtlingen im Wohngebiet. Es wohnt sich gut und ruhig hier. Alle Jahre findet ein Sommerfest statt, wo man ein bisschen fühlt, in einer Genossenschaft zu wohnen. Bei all diesen Entwicklungen war zu spüren, dass die Leitung der Genossenschaft stets die Interessen ihrer Mitglieder im Auge hatte und wirtschaftlich gut steuerte.

Unsere Genossenschaft hatte vor Jahren die tolle Idee, das ehemalige Seniorenwohnheim in der Allende-Straße zu erwerben und zu modernisieren. Nachdem die zeitweise Nutzung dieses Hauses als Flüchtlingsheim aufgegeben wurde, bewarb sie sich mit Unterstützung von Bürgern des Wohngebiets erneut um das Grundstück, um darauf eine moderne Wohnanlage zu errichten, die Jung und Alt vereinen sollte. Der Senat lehnte dies ab und baut stattdessen selbst dort eine Modulare Unterkunft für Flüchtlinge (MUF). Was ist also grundsätzlich dagegen zu sagen, wenn die Wohnungsbaugenossenschaft nun nach einer neuen Lösung auf eigenem Gelände sucht, um diesen zweifellos vorhandenen Bedarf an modernen, barrierefreien und sogar rollstuhlgerechten Wohnraum für Ältere und in der Beweglichkeit eingeschränkte Bewohner zu decken, damit sie nicht ins Heim ziehen oder gar unser Allende-Viertel verlassen müssen?

Die Autoren des „Protestschreibens“ fahren schwere Geschütze auf. Da ist von „ohne Beteiligung und Mitsprache der Genossenschaftsmitglieder“, von „höchster Geheimhaltung“, gar von einem „Tabubruch“ die Rede. Zunächst sei sachlich festgestellt, dass über ein Projekt erst zu diskutieren ist, wenn es eines gibt, weil nur dann Vor- und Nachteile beurteilt werden können. Auch ist es laut § 28 der Satzung der Genossenschaft ausschließlich Aufgabe des Vorstandes und des Aufsichtsrats, über das Neubau- und Modernisierungsprogramm zu beschließen.

Das oben genannte Schreiben löste erhebliche Unruhe unter vielen Mitgliedern der Genossenschaft aus.

Alle Entscheidungen durch Vorstand und Aufsichtsrat sind aber sowohl gesetzes- als auch satzungskonform getroffen worden. Vielleicht sollte dies noch einmal in aller Deutlichkeit allen Mitgliedern erklärt werden.

Es gibt keine Pflicht, alle dabei auftretenden Fragen und Probleme mit allen Mitgliedern zu besprechen. Keine Frage ist doch, die unmittelbar Betroffenen dabei zu konsultieren, wie ja auch in vielen Veranstaltungen mit wohnenden Mietern und Vertretern geschehen. Wenn aber behauptet wird, dass damit der „Einstieg in die Nachverdichtung“, der „ungesteuerte Wohnungsbau“ betrieben, gar „das strukturelle Gleichgewicht im städtebaulichen Ensemble Allende-Viertel“ zerstört würde, dann ist das einfach unverhältnismäßig, eine Verleumdung unserer Genossenschaft und unseres Vorstands. Niemand von den Erstmietern sollte vergessen, dass er vor 48 Jahren seine Wohnung auf Kosten von früheren Kleingartenbesitzern erhielt.

Es ist keine Frage, mit jeder Baumaßnahme entstehen vorübergehend Belästigungen: Lärm, Staub, zeitweise Straßenverstopfungen. Aber wenn behauptet wird, dass dies verbunden sei mit einem generellen „Verlust von Wohnqualität der Anwohner“ (die es plötzlich sogar ruhiger haben), mit „Wegfall von wertvollem Parkraum“ (stattdessen an anderer Stelle oder unter der Erde), dann stimmt etwas nicht. Und von „unkalkulierbaren finanziellen Risiken für die Genossenschaft“ zu sprechen, ist schon ziemlich anmaßend gegenüber dem Vorstand. Es ist einfach Lüge, zu behaupten, dass damit die Einlagen der Genossenschaftsmitglieder (was doch für ein geringer Betrag!) „in den Boden versenkt“ werden. Das Geschäftliche interessiert bei sonstigen Entscheidungen auch niemand von den Mitgliedern, da vertrauen die meisten einfach der Leitung der Genossenschaft, es sei denn, diese würde die Miete erhöhen.

Auch ist es klar, dass mit jeder neu bezogenen Wohnung Belastungen für die Infrastruktur des Bezirks Köpenick entstehen. Das zu beurteilen, ist Sache des Baustadtrates, der dies gewiss tun wird, wenn ein Bauantrag gestellt wird. Auch werden wie in anderen Fällen auch Ersatzpflanzungen für gefällte „jahrzehntealte Bäume“ verlangt. All dies sind Themen und Schwerpunkte, die im Rahmen einer Baugenehmigung gefordert bzw. auferlegt werden.

Wir leben alle zusammen in einer wachsenden Stadt. Allgemein erkennt jeder die Notwendigkeit an, neuen preiswerten Wohnraum zu schaffen, nur darf das wohl nicht in der Nachbarschaft sein. Verglichen mit anderen Kiezen Berlins, haben wir hier noch etwas Raum. Es gibt grundsätzlich nichts dagegen einzuwenden, wenn wir auch anderen Bürgern noch die Möglichkeit schaffen, hier draußen bis zum Lebensende zu wohnen, noch dazu wenn es um ältere oder weniger mobile Menschen geht.

Das geht tatsächlich uns alle an. Das ist eine Frage der Solidarität.

Es gibt kein zerrüttetes Vertrauensverhältnis der Genossenschaftsmitglieder zum Vorstand. Deshalb werde ich als Mitglied der Amtsfeldwohnungsbaugenossenschaft dieses Protestschreiben nicht unterzeichnen. Diejenigen, die voreilig eine Unterschrift gegeben haben, sollten diese zurückziehen. Ich lehne solche Hetzaufrufe ab, sie haben nichts mit demokratischer Meinungsbildung zu tun. Im Übrigen sind jene, die diesen Text formuliert haben, in den letzten Jahren nicht gerade durch ein besonderes Engagement für ihr Wohngebiet aufgefallen. Bei der Unterstützung der Flüchtlinge im Allende-Haus, bei Kinderfesten im Volkspark, bei den Sommerfesten der Genossenschaft, bei der Verschönerung der Anlagen im Volkspark und ihrer Sauberhaltung wurden sie nicht gesehen. Am Runden Tisch glänzten sie durch Abwesenheit. Jetzt spielen sie sich als „Retter des Allende-Viertels“

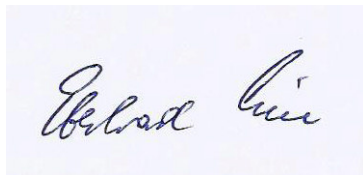
auf. Was wollen sie? Wollen sie unsere seit 1972 bestehende Genossenschaft zerstören? Miethaie würden sich wahrscheinlich darüber freuen.

Ich vertraue dem Aufsichtsrat und dem Vorstand und schlage deshalb dem Aufsichtsrat vor, sein Satzungsrecht wahrzunehmen und darüber zu entscheiden, ob in diesem Fall eine außerordentliche Vertreterversammlung überhaupt gesetzes- bzw. satzungskonform ist. Der Vorstand sollte den Bauantrag einreichen und das Projekt fortführen. Dann kann gerne weiter über dies und das bei der Umsetzung diskutiert werden.

Mitglied der Wohnungsbaugenossenschaft „Amtsfeld“ eG

Eberhard Aurich

Mitglied seit: 2015

Handwritten signature of Eberhard Aurich in black ink on a light blue background.

30.11.2020

Meine Frau und Mieterin in der Genossenschaft Christa Streiber-Aurich unterstützt mein Anliegen.

Handwritten signature of Christa Streiber-Aurich in black ink on a light grey background.